

**Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)**

## STANDPUNKT (EDITORIAL)

- 2 Martin Dörmann: Die Verursacher der hessischen Blockade

## WAHLKREIS

- 3 Politische Sommertour 2008: Begegnungen zwischen Kita, Messe und Flughafen
- 4 „Entwicklungspolitik schafft Perspektiven“ Veranstaltung mit Heidemarie Wieczorek-Zeul am 10. September

## KÖLN

- 4 SPD und Grüne nominieren Jürgen Roters als gemeinsamen OB-Kandidaten
- 4 Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten wollen 2009 erneut antreten

## NRW

- 5 „Wir müssen die Sparkassen erhalten“  
Gastbeitrag von Stephan Gatter, MdL

## BUNDESTAG

- 6 Steigende Energiepreise: Fragen, Antworten und die Position der SPD
- 9 Neue Pflegeversicherung bringt mehr Leistungen, bessere Qualität und Transparenz
- 10 Deutliche Erhöhung der BAföG-Sätze zum Wintersemester
- 13 SPD setzt weiteren Schritt für Mindestlöhne durch
- 14 „Gute Lebenschancen für alle Kinder“  
Gastbeitrag von Christel Humme, MdB
- 15 „Aufstieg durch Bildung“ - Beschluss des SPD-Parteivorstandes

## SERIE: SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

- 16 Vorgestellt: Christel Humme, MdB
- 17 Sonderausgabe mit 38 Portraits (Titelseite)

## INFOS UND IMPRESSUM

- 18 Sitzungswochen 2008, Infos über Martin Dörmann, Büroanschriften, Bildnachweis, Impressum



### Politische Sommertour 2008

Bei seiner traditionellen Sommerreise besuchte Martin Dörmann wieder zahlreiche Einrichtungen und Veranstaltungen in seinem Wahlkreis (Bericht auf Seite 3). Das Foto zeigt ihn mit Bürgerinnen an einem Infostand der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten zur Familienpolitik (hierzu: Seite 14)

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 1.9.2008

**Herausgeber: Martin Dörmann, MdB**

## Die Verursacher der hessischen Blockade

**Das Vorhaben, Ypsilanti mit den Stimmen der Linkspartei zur Ministerpräsidentin zu wählen, ist hoch problematisch – die Mitschuld von CDU und FDP an der politischen Krise in Hessen darf darüber aber nicht vergessen werden**

Liebe Leserinnen und Leser,

Monate nach der Landtagswahl ist es den Parteien in Hessen immer noch nicht gelungen, die politische Blockade zu durchbrechen und eine neue, stabile Regierungsmehrheit zu bilden. Auch wenn zuvor noch die genauen Bedingungen zu klären sind und einige SPD-Regionalkonferenzen anstehen, die dies diskutieren werden, so strebt Andrea Ypsilanti offensichtlich an, sich mit Hilfe der Linkspartei zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen.

Das hat die SPD in ein tiefes Dilemma gestoßen. Denn schließlich hat Ypsilanti den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl zugesagt, nicht auf die Unterstützung der Linkspartei zurück zu greifen. Ein Versprechen, das ihr vermutlich etliche Stimmen der Mitte gesichert und die Linkspartei relativ klein gehalten hat, das sie aber nun nicht halten will, um den Politikwechsel in Hessen durchzusetzen. Ich halte den von der Hessen-SPD eingeschlagenen Weg für falsch und hoch problematisch. Vor allem deshalb, weil hierdurch – jedenfalls in den Augen der Öffentlichkeit – nicht nur die Glaubwürdigkeit einer Person sondern der gesamten SPD in Frage gestellt wird.

Zudem erscheint die vorgesehene Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linkspartei mit zusätzlichen Risiken behaftet, nicht nur wegen der denkbar knappen Mehrheit von einer Stimme. Die Linkspartei dürfte weiterhin geneigt sein, sich bei unbequemen Entscheidungen heraus zu halten und sich ganz auf Wohlfühlforderungen zu konzentrieren. Anders als in einer Koalition müsste sie nicht unmittelbar Verantwortung übernehmen – mit der Folge, dass sie eben nicht „entzaubert“ wird, wie in Berlin, sondern auch weiterhin den Habitus einer populistischen Oppositionspartei pflegen dürfte. Und wer kann ausschließen, dass es nicht im nächsten Jahr Lafontaine in den Kram passt, die SPD in Hessen an einem Symbolthema vor die Wand laufen zu lassen, um bei der Bundestagswahl zusätzlich zu punkten?

Für die SPD insgesamt bergen daher die hessischen Pläne mehr Risiken als Chancen. Wen wundert es also, dass die Führung der Bundespartei ungewohnt deutlich darauf hingewiesen und ihre tief skeptische Haltung dokumentiert hat. Tatsache ist aber auch, dass diese Frage alleine in dem Bundesland entschieden und verantwortet werden muss und es am Ende keine Möglichkeiten mehr

gibt, von Berlin aus die Pläne zu stoppen.

Union und FDP werden natürlich weiterhin versuchen, aus dieser schwierigen Lage der SPD Kapital zu schlagen, nicht nur bei der bayerischen Landtagswahl. Leider wird in der Öffentlichkeit kaum darüber diskutiert, dass sowohl CDU als auch FDP eine gehörige Mitschuld für die verfahrenere politische Situation in Hessen trifft. Sie ist derzeit von einer gegenseitigen Blockade der beiden Lager Union/FDP einerseits und SPD/Grüne andererseits geprägt. Die CDU-hörige FDP hat sich dabei mit ihrer Haltung, unter keinen Umständen eine Koalition mit der SPD einzugehen, selbst diskreditiert. Und Roland Koch hat mit rechter Stimmungsmache und einem ausländerfeindlichen Wahlkampf entscheidend dazu beigetragen, die Gräben im Land weiter zu vertiefen.

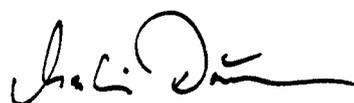
Der selbsternannte „brutalstmögliche Aufklärer“, tief verstrickt in die dubiosen Spendengeschichten der CDU, hat nun wirklich als Letzter das Recht, plötzlich den moralischen Zeigefinger zu heben. Leider sind sowohl die hessische CDU als auch die FDP nach wie vor Koch-abhängig und stehen tiefer im konservativen Lager, als jeder andere Landesverband in Deutschland.

Dies alles wird berücksichtigen müssen, wer das Vorgehen der SPD in Hessen gerecht beurteilen will. Das heißt nicht, alle Pläne gut zu heißen. Aber die SPD braucht sich den ramponierten hessischen Schuh auch nicht alleine anziehen.

Was folgt daraus für die Bundestagswahl 2009? Die SPD wird weiterhin argumentativ deutlich machen müssen, warum auf der Bundesebene eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Nicht nur aufgrund der abenteuerlichen Positionen in der Europa- und Außenpolitik, die Deutschland isolieren würden, sondern vor allem auch wegen der grundsätzlichen Weigerung der Linkspartei, seriöse Konzepte vorzulegen und Verantwortung zu übernehmen. Ich setze darauf, dass die Menschen dies erkennen und am Ende sehr wohl zwischen Bundes- und Landesebene differenzieren können.

Herzlichst

Ihr




## Politische Sommertour 2008 – Martin Dörmann unterwegs im Wahlkreis

### Kölner Begegnungen zwischen Kita, Messe und Flughafen

Nachdem er sich zuvor einige Wochen krankheitsbedingt mit Terminen zurückhalten musste, wurde **Martin Dörmann** rechtzeitig zu seiner „Politischen Sommertour“ wieder fit. Diese führt er traditionell seit seiner ersten Wahl 2002 in der parlamentarischen Sommerpause durch, in dieser Form wohl einmalig in Köln. Auch diesmal standen wieder zahlreiche Besuchstermine in seinem Wahlkreis Porz, Kalk, nördliche Innenstadt auf dem Programm. So sprach Martin Dörmann mit Unternehmen und Betriebsräten, besuchte soziale Einrichtungen und war Gast bei verschiedenen Veranstaltungen. Zudem führte er eine Reihe von Bürgergesprächen. Nachfolgend sind einige beispielhafte Stationen der Sommertour kurz zusammengefasst.

So sprach Martin Dörmann mit dem Regionalgeschäftsführer der **BARMER-Ersatzkasse** Bernd Kezbekus über die Potentiale der Gesundheitsstadt Köln und die Auswirkungen von Gesundheits- und Pflegereform. Beim Besuch der **Europäischen Kindertagesstätte** am Alten Mühlenweg in Deutz führte deren Leiterin Karen van Eeden durch die Einrichtung und stellte das in Köln bislang einmalige Konzept des Kindergartens vor, in dem die Kinder mehrsprachig betreut werden.

Beim **Berufsbildungswerk des DGB** in Porz erläuterte Christoph Knippscher, Leiter der Schulungsstätte Köln, die Aktivitäten für eine bessere Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Zudem berichtete die Geschäftsführerin des Vereins PHOENIX über dessen Aktivitäten für russischsprachige Einwanderer.



Im **Kalker Jugendbüro für Arbeit und Beruf** traf sich Martin Dörmann mit deren besonders engagierten Leiterin Ute Esser (auf dem Foto links vor einer riesigen Fotowand erfolgreich Vermittelter) sowie mit Jugendlichen, die von ihren Schwierigkeiten berichteten, von der Zeitarbeit in eine feste Anstellung zu wechseln. Er unterstützte sie anschließend bei konkreten Bewerbungen. Beim Treffen mit führenden Vertretern des **TÜV Rheinland** ging es um dessen Fusionspläne und die Potentiale von Forschungsprojekten. Mit den AWB-Geschäftsführern Herbert Winkelhog und Peter Mooren besichtigte er das neue **Abfall-Center-rechtsrheinisch der AWB** in Gremberghoven und ließ sich von ihnen Aspekte der

Müllwirtschaft aus Sicht eines kommunalen Unternehmens erläutern.

Über die wirtschaftliche Situation und die Entwicklungspotentiale der **Köln Messe** sprach Martin Dörmann mit Gerald Böse, seit März Vorsitzender der Geschäftsführung. Zusammen mit den SPD-Landtagsabgeordneten Martin Börschel und Achim Tüttenberg traf er sich mit den am **Flughafen Köln/Bonn** tätigen Betriebsratsvorsitzenden, um mit ihnen über die Position der Beschäftigten zur aktuellen Diskussion um den Grundstückskauf und die Veräußerung von Gesellschafteranteilen zu diskutieren.



**Grußwort von Martin Dörmann beim Stadtteilstift „Wir sind Ostheim“, maßgeblich organisiert von seinem Mitarbeiter Tim Cremer und SPD-Ratsfrau Susana dos Santos Herrmann**

Mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Stephan Gatter besuchte Martin Dörmann das **Kaufhaus Kalk**. In dem beispielhaften Projekt der Diakonie Michaelshoven sind Langzeitarbeitslose beschäftigt. Zudem erhalten Köln-Pass-Berechtigte einen Rabatt auf die verkauften Produkte. Beim Besuch des **Johanniterstiftes Poll** konnte er sich zusammen mit seiner Mitarbeiterin und SPD-Bezirksvertreterin Elke Heldt davon überzeugen, dass die älteren, zum Teil pflegebedürftigen Menschen dort gut aufgehoben sind.

In der Innenstadt sprach Martin Dörmann mit Betriebsräten und dem Direktor der **Bundesagentur für Außenwirtschaft** (bfai) über die anstehenden Pläne zur Umorganisation der Behörde, die in Köln 170 Menschen beschäftigt. Mit dem Vorsitzenden der Porzer SPD-BV-Fraktion Willi Stadoll ließ er sich vom stellvertretenden Raffinerieleiter der **Shell AG** in Godorf die Pläne für eine neue Rohrverbindungsleitung mit dem Werk in Wesseling erläutern, die überwiegend auf rechtsrheinischem Gebiet erfolgen soll.

Für den September sind weitere Termine geplant, etwa mit der **Agentur für Arbeit** zu Fragen des Kölner Arbeitsmarktes oder der **Uniklinik Köln** zur Reform der Krankenhausfinanzierung. Und so umfasste auch diesmal der Bogen der Sommerreise ganz unterschiedliche Fragestellungen und Eindrücke. „Ich konnte wieder sehr viel dazulernen und manchmal auch ganz konkret helfen“, zog Martin Dörmann eine positive Bilanz seiner bisherigen Sommertour.

### Entwicklungspolitik schafft Perspektiven

Vortrag und Diskussion mit:

#### Heidmarie Wieczorek-Zeul, MdB

Bundesministerin für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung

**Mittwoch, 10. September 2008, 17:00 Uhr**

Landschaftsverband Rheinland, Horion-Haus, Raum Rhein/Ruhr,  
Hermann-Pünder-Straße 1, 50679 Köln-Deutz



Heidmarie Wieczorek-Zeul

## KÖLN

### SPD und Grüne nominieren gemeinsamen OB-Kandidaten

#### Jürgen Roters soll Köln wieder eine kompetente und tatkräftige Führung geben

Der ehemalige Kölner Polizeichef und Regierungspräsident **Jürgen Roters** (SPD) wird bei der Kommunalwahl 2009 als gemeinsamer Kandidat von SPD und Grünen für das Amt des Kölner Oberbürgermeisters antreten. Die Delegierten beider Parteien gaben am 18. August unabhängig voneinander ein klares Votum ab: Die Delegierten der SPD stimmten einstimmig, die Grünen mit 90 Prozent zu.

Jürgen Roters hielt auf beiden Parteitag eine kämpferische Rede mit dem Titel „Mehr machen aus Köln“. Er wies dabei mit Nachdruck auf die Wichtigkeit eines Führungswechsels in der Kölner Stadtspitze hin. Das einstimmige Votum der Findungskommission von SPD und Grünen sei für ihn Ermutigung, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit des Kernbündnisses im Rat fortgesetzt wird. Er sei sicher, „dass die Stadt gute Zeiten zu erwarten hat“. Am Ende seiner Rede erhielt Jürgen Roters von den Delegierten der SPD minutenlangen, stehenden Applaus.

Damit geht zum ersten Mal in Köln ein gemeinsamer Ober-

bürgermeisterkandidat zweier Parteien ins Rennen. SPD-Parteichef **Jochen Ott** ist überzeugt, dass Roters „Spiel, Satz und Sieg in einer Person vereinigt“. Nach einer jüngsten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts polis-sinus fordern 64 Prozent aller Befragten und sogar die Hälfte aller CDU-Anhänger nach neun Jahren Amtszeit von Schramma (CDU) einen neuen Oberbürgermeister für die Domstadt!



Köln im Blick: Jürgen Roters

→ Die Rede von Jürgen Roters kann unter [www.koelnspd.de](http://www.koelnspd.de) nachgelesen werden

### Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten treten wieder an

#### Kandidatur zur SPD-Wahlkreis Konferenz für die Bundestagswahl

Bei der letzten Bundestagswahl 2005 konnten **Lale Akgün** (Wahlkreis Köln II), **Martin Dörmann** (Köln I), **Karl Lauterbach** (Köln IV/Leverkusen) und **Rolf Mützenich** (Köln III) ihre Bundestagswahlkreise jeweils mit großem Vorsprung direkt gewinnen. Die vier Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten wollen erneut antreten und haben nun ihre gemeinsame Kandidatur für die beiden Wahlkreis Konferenzen der KölnSPD angekündigt, die am 12. Dezember stattfinden sollen. (Die drei reinen Kölner Wahlkreise bilden eine gemeinsame Wahlkreis Konferenz.)

Hierzu erklärten die SPD-Abgeordneten: „Wir möchten gerne die vier Wahlkreise erneut für die SPD gewinnen und auch in der nächsten Wahlperiode gemeinsam als

Team Köln in Berlin vertreten. Wir glauben, dass wir in den vergangenen Jahren erfolgreich für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt gearbeitet haben – jeder von uns in seinem Bereich. Mit unseren Schwerpunktthemen Europa/Integration (Lale Akgün), Wirtschaft/Neue Medien (Martin Dörmann), Gesundheit (Karl Lauterbach) und Außenpolitik/Rüstungskontrolle (Rolf Mützenich) besetzen wir wichtige Politikfelder und tragen zur Profilierung Kölns in der Region und auf Bundesebene bei. Wir kämpfen dafür, dass die SPD an Stärke gewinnt und eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unsere Politik der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit und der wirtschaftlichen Vernunft umsetzen kann.“

### Wir müssen die Sparkassen erhalten!

Seit Amtsbeginn handelt die schwarz-gelbe Landesregierung nach dem Grundsatz: Privat vor Staat. Nachdem mit der Änderung der Gemeindeordnung bereits die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen drastisch eingeschränkt wurde und nun viele städtische Leistungen gefährdet sind, geht es nun unseren Sparkassen an den Kragen.

Die von der Landesregierung geplante schleichende Privatisierung der Sparkassen ist eine Gefahr für die über 60.000 Arbeits- und 3.500 Ausbildungsplätze. Daneben sind die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen mit jährlich 155 Millionen Euro nicht nur der wichtigste Sponsor für Kultur- und Sportveranstaltungen sowie für örtliche Vereine. Durch eine Änderung des Sparkassengesetzes würde auch der Mittelstand den wichtigsten Partner verlieren, denn die Sparkassen sind ein verlässlicher Finanzpartner für die kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Region. Sie finanzieren zu einem großen Teil Existenzgründungen, neu geschaffene Arbeitsplätze und Investitionen des Handwerks.

CDU und FDP zeigen damit wieder einmal, dass sie nicht für die Menschen in diesem Land Politik betreiben!

Das geplante Gesetz hat aber auch weitere katastrophale Auswirkungen, denn es gefährdet eine gute Lösung bei der WestLB-Krise. Von Anfang an haben CDU-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers - der die WestLB zur Chefsache erklärt hat - und seine Landesregierung das Problem der Landesbank unterschätzt und gar verschlimmert. Im Moment spekulieren Rüttgers und Co. auf Einnahmen durch einen Verkauf der Landesanteile der WestLB. Wahrscheinlicher ist ein milliardenschweres Verlustgeschäft auf Kosten der Steuerzahler, auf Kosten unserer Wirtschaft!

Wenn die Landesregierung an einer zukunftssicheren Lösung der WestLB-Krise interessiert ist, muss das Sparkassengesetz vom Tisch. Das Wohl des Landes steht vor den ideologischen Interessen von CDU und FDP!

Die SPD-Fraktion ist zuversichtlich: Noch kann das Sparkassengesetz verhindert werden! Seit Wochen findet in Köln und in ganz Nordrhein-Westfalen eine Aufklärungskampagne statt. Wir informieren die Menschen über das Vorhaben zur Zerschlagung der Sparkassen. Der Gegenwind zu den Plänen der Landesregierung wird immer größer, die Bürger wollen ihre Sparkassen erhalten.

Helfen auch Sie mit die Sparkassen in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und engagieren Sie sich vor

Ort. Weitere Informationen zur Kampagne der SPD finden Sie unter [www.sparkassen-erhalten.de](http://www.sparkassen-erhalten.de).

CDU und FDP lassen angeblich niemanden im Regen stehen. Dies vermittelt die Regierungskoalition immer wieder gern. Leider sieht die Realität vollkommen anders aus. Die Landesregierung hat jüngst das Ende der Förderung der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen beschlossen. Diese unsoziale Kürzung führt dazu, dass demnächst 2/3 aller Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen geschlossen werden müssen und viele Arbeitsuchende von CDU und FDP alleine gelassen werden. Es ist traurig, dass die Landesregierung Millionen von Steuergeldern für ihre eigene PR-Beratung ausgibt und die Arbeitslosenberatung gegen die Wand fährt.

Noch nie hat eine NRW-Landesregierung so eigensinnig auf Kosten Schwächerer agiert. Die Wählerinnen und Wähler werden CDU und FDP zur Landtagswahl 2010 die passende Quittung präsentieren.

Nicht das die ideologischen Pläne der Landesregierung bereits schlimm genug für Nordrhein-Westfalen wären. Nun hat Ministerpräsident Rüttgers nach der Sommerpause gar den Abschied von einer aktiven Landespolitik verkündet. Bis zur Landtagswahl 2010 soll es nur noch eine Politik des Stillstands geben.

Auf einer Pressekonferenz forderte er von allen politisches Handeln: Den Kampf gegen eine mögliche Rezession sollen der Bund und die EU übernehmen, bei der WestLB-Krise sollen es die Sparkassen richten und in der Bildungspolitik soll der nationale Bildungsgipfel die Hausaufgaben machen, die die Landesregierung nicht erledigt.

Ein Ministerpräsident, der für die kommenden Monate keine eigenen politischen Projekte mehr präsentiert, ist offensichtlich ausgelaugt und hat kein Interesse an der Arbeit für sein Land. Angesichts des Chaos in der Schulpolitik, der von ihm mitverschuldeten WestLB-Krise und dem Durcheinander beim Nichtraucherschutz hat der Ministerpräsident wohl Panik vor weiteren Fehlern und verfällt in die politische Schockstarre.

Nordrhein-Westfalen hat mehr verdient. Unser Land braucht eine verlässliche Landesregierung als Partner. CDU und FDP scheinen diese Rolle nicht ausfüllen zu können.

**Stephan Gatter ist direkt gewähltes Mitglied im Landtag von NRW für den Wahlkreis Kalk, Deutz, nördliche Innenstadt**

## Fragen und Antworten zu den steigenden Energiepreisen

### Die Positionen und Maßnahmen der SPD

In den letzten Monaten haben drastisch steigende Energiepreise sie Verbraucherinnen und Verbraucher stark belastet und verunsichert. Wir fassen nachfolgend die Position der SPD zu den wichtigsten Fragen zusammen.

#### Wie reagiert die Politik auf die steigenden Energiepreise?

Wie alle anderen Experten wurde auch die Politik von der unwahrscheinlichen Beschleunigung des Preisanstiegs in den letzten Monaten überrascht. Denn eigentlich setzt Deutschland seit 1998 mit seiner Politik der Verringerung des Energieverbrauchs und der Umstellung auf die preisstabilen Erneuerbaren Energien auf die einzige nachhaltige Antwort auf die jetzt seit einigen Jahren steigenden Energiepreise. Jetzt soll die Geschwindigkeit und die Breite dieses Konzepts massiv steigert werden, um den Menschen und auch den Unternehmen zu helfen.

Gegen steigende Weltmarktpreise für Energie aufgrund sinkender Reserven und steigender Nachfrage kann nationale Politik die Menschen nicht schützen. Stattdessen will die SPD den Menschen helfen, wesentlich weniger Energie zu verbrauchen, auf Erneuerbare Energien umzustellen und die zusätzlich preistreibenden Monopole auf den heimischen Energiemärkten durch mehr Wettbewerb aufbrechen. Außerdem werden z.B. mit der Steigerung des Wohngelds die größten sozialen Härten abgefedert. Dies ist die einzige nachhaltige Antwort, um die Energiekosten dauerhaft bezahlbar zu halten. Alle anderen Strategien sind nur leere Versprechungen, die das Problem mit hohem Geldeinsatz verschieben und dadurch in der Wirkung sogar verschlimmern, weil der hohe Energieverbrauch nicht sinkt.

#### Was kann man gegen die Spekulation mit Öl machen?

Viele Anzeichen weisen darauf hin, dass Spekulanten die ohnehin steigenden Weltmarktpreise zusätzlich anheizen. Deswegen will die SPD preistreibende Spekulation erschweren. Das geht aber nur in internationaler Zusammenarbeit, da sich die Preise für Öl nicht an deutschen Börsen allein bilden. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wird seinen Kollegen aus anderen Ländern verschiedene Vorschläge vorlegen. Dabei ist z.B. auch denkbar, dass der Handel mit Öl in gewissem Umfang an reale Lieferungen oder höhere Werthinterlegungen gebunden wird. Dadurch wird der Handel mit „virtuellem“ Öl begrenzt, am Markt können sich Firmen aber weiterhin gegen steigende Preise

absichern. Eine solche Begrenzung der Spekulation ist aber keine Frage von wenigen Tagen. Dazu brauchen wir internationale Vereinbarungen.

#### Was wird die SPD gegen die steigenden Energiepreise unternehmen?

Die SPD setzt seit 1998 nach Ansicht der Experten schon auf das richtige Konzept: Den Menschen bei der Verringerung des Energieverbrauchs helfen und die immer teurer werdenden endlichen Energieträger durch die preisstabilen erneuerbaren Energien ersetzen. Beispiele dafür sind das Förderprogramm für Gebäudedämmung und das weltweit gelobte Erneuerbare-Energien-Gesetz, durch das auch 250.000 neue Jobs entstanden sind. Mit der Wohngelderhöhung unterstützt die Bundesregierung 800.000 Haushalte mit niedrigen Einkommen bei den gestiegenen Heizkosten, die Empfänger von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe bekommen die Kosten für Heizung und Warmwassererzeugung erstattet.

Bis zum Beginn der Heizungsperiode im Oktober wird die SPD ein umfangreiches Konzept vorlegen, wie sie angesichts der immer schneller steigenden Energiepreise ihre erfolgreiche Strategie ausbaut. Dazu gehören z.B. eine bessere Förderung der Dämmung von Mietwohnungen und Unterstützung beim Erwerb energiesparender Geräte.

#### Warum werden die Energiepreise nicht einfach gedeckelt oder genehmigungspflichtig?

Das mag auf den ersten Blick einleuchten, ist aber keine Lösung. Wenn der Verkaufspreis von Öl, Gas oder Strom gedeckelt wird, steigen die Einfuhr- und Erzeugungspreise ja trotzdem weiter. Zuerst werden dann die kleinen Wettbewerber wie z.B. Stadtwerke aufgeben müssen. Übrig bleibt ein Monopol am Energiemarkt mit dauerhaft hohen Preisen. Und gegen steigende Weltmarktpreise hilft eine Genehmigungspflicht eben auch nicht.

Statt solcher hilflosen Versuche der Linderung der Preissteigerung sollten wir uns auf die Vermeidung von Energieverbrauch konzentrieren. Der billigste Liter Erdöl ist der, den wir gar nicht mehr benötigen. Aber es ist eine alte Erfahrung: In Zeiten hoher Preise begrüßen alle solche Vorhaben – gehen die Preise leicht zurück oder gewöhnt man sich an das Preisniveau, sinkt die Bereitschaft für substanzielle Maßnahmen drastisch – bis zur nächsten Preisrunde. Das darf diesmal nicht wieder passieren. Die Initiativen für mehr Effizienz und Energieeinsparung sollen die Menschen nicht verärgern – sie sollen helfen, auch in Zukunft Mobilität, warme Wohnungen und Nutzung von Gerä-

ten bezahlbar zu halten. Dafür sind Investitionen notwendig, aber der Lohn sind dauerhaft niedrigere Rechnungen beim Energieverbrauch.

### **Die FDP fordert die Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie und die Abschaffung der Ökosteuern, würde das nicht Entlastung bringen?**

Alle Experten warnen vor diesen Steuersenkungen, sie würden bei den Kunden kaum ankommen, sondern nur zu Gewinnerhöhungen der großen Energiekonzerne führen. Das Geld würde also direkt in die Schatullen der Unternehmen fließen. Das Geld würde dann nicht nur in den Programmen fehlen, mit denen Menschen und Unternehmen beim Energiesparen unterstützt werden sollen. Sondern auch der durch die Ökosteuern (Einnahmen: ca. 18 Mrd. Euro) mögliche Steuerzuschuss zur Rentenversicherung wäre nicht mehr möglich. Der FDP-Vorschlag würde damit zu niedrigeren Renten und – durch die höheren Rentenbeiträge – auch zu niedrigeren Nettolöhnen führen. Ein undurchdachter populistischer Unsinn!

Übrigens hat keine Partei die Steuern häufiger erhöht als die FDP in der Regierung. 1950 wurde die Mineralölsteuer mit Stimmen der FDP eingeführt. 1951, 1953, 1955, 1964, 1972, 1973, 1981, 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, zweimal 1991, 1993 und 1994 hat die FDP die Mineralölsteuer erhöht. 50 der heute 67 Cent Steuern aufs Benzin gehen auf das Konto der FDP zurück.

### **Die Linkspartei fordert Sozialtarife, eine Anhebung von Transferzahlungen und eine Verstaatlichung der Energiekonzerne und -netze. Was ist davon zu halten?**

Die Anhebung der Transferzahlung mit Augenmaß für das Notwendige ist ein guter Ansatz. Allerdings hat den nicht die Linkspartei erfunden, sondern sie läuft wie üblich der SPD hinterher, die mit der Erhöhung des Wohngeldes gehandelt hat: 800.000 Haushalte bekommen ab dem 1. Januar mehr Geld für die Heizkosten. Bei anderen Sozialtransfers wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe usw. besteht ohnehin ein Anspruch auf Übernahme der Kosten für Warmwasser und Heizung.

Anders sieht es beim Strom aus: Den müssen alle Haushalte aus Einkommen oder den pauschalen Transferzahlungen finanzieren. Deswegen will die SPD erstens allen Haushalten helfen, den Stromverbrauch zu senken, durch Beratung, aber auch durch Hilfe beim Erwerb stromsparender Geräte. Außerdem wird von der SPD eine Änderung der Stromtarife geprüft: Heute zahlen Menschen mit unterdurchschnittlich hohem Energieverbrauch mehr als Kunden mit hohem Energieverbrauch. Dies könnte man umdrehen, dann würden gerade auch Haushalte mit geringem Einkommen profitieren, die in der Regel weniger Strom als durchschnittlich benötigen, weil die Wohnungen kleiner

und weniger Geräte vorhanden sind. Dabei sind aber noch viele Fragen zu klären. Daher hat das SPD-Präsidium eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Peter Struck gebeten, Vorschläge zum Umgang mit hohen Energiepreisen zu machen. Sozialtarife gehören dazu.

### **Hilft eine Verlängerung der Laufzeiten oder der Neubau von Atomkraftwerken gegen steigende Energiepreise?**

Bei Benzinpreisen und Heizkosten hilft Atomkraft logischerweise überhaupt nicht. Bei Strompreisen würde eine Verlängerung der Atomkraft sogar für höhere Strompreise sorgen, weil die Monopole auf dem Strommarkt verlängert würden. EON, RWE, Vattenfall und EnBW würden ihre abgeschriebenen und hochsubventionierten Atomkraftwerke weiter betreiben, neue Wettbewerber hätten keine Chance und würden nicht investieren, der Wettbewerb würde so schwach bleiben wie heute.

Alle Atomkraftwerke laufen ja heute noch und die Energiekonzerne erhöhen die Preise immer weiter. Im Atomland Nr. 1, Baden-Württemberg sind die Strompreise übrigens besonders hoch. Erneuerbare Energien dagegen helfen gegen hohe Strompreise, 2008 war Strom aus erneuerbaren Energien volkswirtschaftlich schon billiger als konventioneller Strom und hat für echten Wettbewerb gesorgt. Ohne erneuerbare Energien hätten die Monopolkonzerne noch einmal 5 Milliarden Euro mehr für den Strom verlangen können. In Europa wird in Wirklichkeit derzeit nur ein einziges neues Atomkraftwerk gebaut. Denn der Neubau von Atomkraftwerken ist extrem teuer. In Zeiten beginnender Konkurrenz am Strommarkt kann heute kein Investor mehr sicher sein, das Investment wieder zu erwirtschaften.

Atomkraftwerke könnten also nur neu entstehen, wenn ihr Bau erheblich subventioniert wird. Der viel gerühmte Neubau des AKW in Finnland ist inzwischen zum Milliardengrab geworden: Anfangs haben Banken für das Projekt reduzierte und damit subventionierte Zinssätze gewährt. Inzwischen laufen Zeitpläne und Kosten aber immer weiter aus dem Ruder, die Zeche werden die Stromkunden und Steuerzahler in Finnland zahlen.

### **Warum wird die Entfernungspauschale nicht einfach wieder in alter Form eingeführt?**

Der Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht erfordert jetzt ein Abwarten der Entscheidung des Gerichts, das wird wohl im Frühherbst sein. Eine Einführung der alten Entfernungspauschale würde 2,5 Milliarden Euro pro Jahr kosten.

Dieses Geld würde dann fehlen, um den Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, den Energieverbrauch dauerhaft zu senken. Bei einem weiteren Anstieg des Ölpreises wäre dann keine Hilfe vorhanden.

Die alte Regelung hatte auch Nachteile: Durch

Abzug der Wegekosten vom zu versteuernden Einkommen profitierten Empfänger mit hohen Einkommen wesentlich mehr als solche mit niedrigen Einkünften. Das ist für die Fernpendler faktisch heute noch so.

### **Sind die Versorger-Monopole bei Strom und Gas Ursache der Preistreiberei?**

Ja, der mangelnde Wettbewerb sorgt für noch höhere Preise, als die ohnehin gestiegenen Weltmarktpreise notwendig machen. Das zeigen die regelrecht explodierten Gewinne der großen Öl- und Stromkonzerne. Daher muss Energiepolitik den Wettbewerb fördern.

Die große Koalition hat das Wettbewerbsrecht verschärft, so dass Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur bei Monopolmissbrauch eingreifen können. Erleichterter Netzzugang und -anschluss sowie zuvor die Trennung von Netz und Vertrieb sind Bausteine dazu. Auch der wachsende Beitrag erneuerbarer Energien wirkt. Einen weiteren guten Beitrag zum Wettbewerb könnten starke Stadtwerke leisten, denen CDU, CSU und FDP aber aus Privatisierungsideologie heraus Steine in den Weg legen. Kaum Einfluss haben wir jedoch auf die internationale Preisbildung, die zum Teil durch Monopole (z.B. OPEC) bestimmt werden. Hier helfen nur Energieeinsparung und der Umstieg auf Erneuerbare Energien.

### **Was soll die Ölpreisbindung für Erdgas noch, könnte der Gaspreis nicht sinken, wenn die Ölpreisbindung fällt?**

Die Ölpreisbindung ist keine gesetzliche Regelung, sondern seit Jahrzehnten Teil privater internationaler Verträge. Übrigens in vielen Ländern. In Ländern ohne Ölpreisbindung wie Großbritannien und USA steigt der Gaspreis gerade im Winter sogar schneller als bei uns, weil einer hohen Nachfrage nur wenige Lieferländer gegenüberstehen, der Wettbewerb also gering ist. Die privaten Verträge z.B. mit der russischen Gazprom wären auch nicht so einfach einseitig kündbar, denn bei Gaslieferungen herrscht internationale Warenverkehrs- und Vertragsfreiheit. Immerhin schützt uns die Ölpreisbindung vor einer „GAS-OPEC“, die die Preise beliebig erhöhen könnte. Auch hier zeigt sich: Lieber das Geld in mehr Effizienz und Einsparung investieren, statt dauerhaft von hohen Preisen bedroht zu sein.

### **Wer kann die Förderung von Maßnahmen zur Wärmedämmung in Anspruch nehmen?**

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die erfolgreichen Förderprogramme für Wärmedämmung so erweitert werden, dass gerade auch Vermieter ein Interesse daran haben, die Gebäude zu dämmen. Private Vermieter, die nur wenige Wohnungen vermieten und den Aufwand mit Genehmigungen und Handwerkern scheuen, sollen Dienstleistungsfirmen einschalten dürfen, die die Dämmung und den Einbau sparsamer Heizungen übernehmen und danach einen Wärmelieferungsvertrag mit den Mietern haben, während gleichzeitig die Miete entsprechend sinkt. Allerdings wird auch geprüft, ob Mieter die Miete kappen dürfen, wenn die Gebäude trotz aller Förderungen nicht auf einen Mindeststandard an Wärmedämmung gebracht werden, so dass der hohe Energieverbrauch dann als Mangel gilt.

### **Wo soll das Geld für eine sparsamere Heizung, Dämm-Maßnahmen am eigenen Haus oder die Ersatzbeschaffung energieeffizienter Geräte herkommen?**

Schon heute gibt es Förderprogramme mit Zuschüssen und extrem verbilligten Krediten. Oft sind die Kosten für die Tilgung des Kredits geringer als die mit z.B. einer neuen Heizung erzielten Einsparungen. Allerdings will die SPD, dass alle Förderprogramme so erweitert werden, dass gerade Haushalte mit geringen Einkommen noch bessere Möglichkeiten zu Investitionen bekommen. Die SPD prüft außerdem verschiedene Programme, die Mehrkosten beim Erwerb stromsparender Geräte durch die Einsparungen beim Stromverbrauch finanzieren zu lassen, so dass die Haushalte sofort über moderne Geräte und nach zwei bis drei Jahren dann auch dauerhaft über geringere Stromrechnung verfügen.

### **Kann der Staat nicht das Geld, das er an den Preissteigerungen verdient, an die Bürger zurückgeben?**

Alle Experten sind sich einig, dass der Staat keineswegs an den Preissteigerungen verdient. Im Gegenteil: Durch den sinkenden Absatz an Energie sinken auch Steueraufkommen des Staates an den fixen Energiesteuern, dies ist schon jetzt deutlich spürbar. Und auch das Aufkommen an Mehrwertsteuer steigt nicht, da die Menschen das Geld, dass sie jetzt mehr für Öl, Gas und Strom ausgeben ja an anderer Stelle einsparen müssen. Auch dies kann man an den veröffentlichten Zahlen der Steuereinnahmen leicht nachweisen.

## Reform bringt mehr Leistungen, bessere Qualität und Transparenz

Am 1. Juli ist das Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung (Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) in Kraft getreten.

Seit ihrer Einführung im Jahr 1995 hat sich die Pflegeversicherung bewährt. Mittlerweile erhalten über zwei Millionen Pflegebedürftige jeden Monat Versicherungsleistungen. Die gesetzliche Pflegeversicherung sichert erfolgreich das Lebensrisiko Pflegebedürftigkeit solidarisch ab. Sie hat in den letzten 12 Jahren viele pflegebedürftige Menschen vor der Abhängigkeit von Sozialhilfe bewahrt.

Die demographische Entwicklung in Deutschland macht es notwendig, die gesetzliche Pflegeversicherung zukunftsfähig zu machen, denn der Anteil der älteren und hochbetagten Menschen an der deutschen Bevölkerung wächst stetig. Es wird davon ausgegangen, dass 2030 etwa drei Millionen Menschen pflegebedürftig sein werden. Außerdem wird der Hilfebedarf der Pflegebedürftigen immer komplexer. Neben körperlichen Einschränkungen treten immer mehr geistige und psychische Defekte bis hin zu schweren Demenzerkrankungen auf.

### Ziel der SPD-Bundestagsfraktion

Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, durch die Pflegereform die Lebenssituation der pflegebedürftigen Menschen, der pflegenden Angehörigen und der Pflegekräfte zu verbessern. Richtschnur bei der Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist für uns der Wunsch der meisten Menschen, so lange wie es geht, in der gewohnten Umgebung und selbstbestimmt zu leben, gepflegt und betreut zu werden. Deshalb heißt unser Grundsatz: ambulant vor stationär.

Mit dem Gesetz wird aktivierende Pflege und Rehabilitation besser gefördert. Die Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe Versorgung und Betreuung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten mit Pflegeberatern (Fallmanagement), die Möglichkeit, Leistungen gemeinsam mit anderen Pflegebedürftigen auch in neuen Wohnformen abzurufen (poolen), helfen den Menschen, solange wie möglich in ihrer angestammten und gewünschten Umgebung zu bleiben. Es folgen die wichtigsten Maßnahmen des Gesetzes:

### Schrittweise Erhöhung der Leistungsbeträge

Die ambulanten Sachleistungsbeträge werden bis 2012 schrittweise in den drei Pflegestufen in der ambulanten Pflege angehoben. Und das ohne Kürzungen im stationären Bereich. Dort werden die Sachleistungen in der Pflegestufe III und bei Härtefällen ebenfalls erhöht:

Pflegestufe	Ambulante Sachleistung bisher in Euro	2008	2010	2012
Stufe I	384	420	440	450
Stufe II	921	980	1040	1100
Stufe III	1432	1470	1510	1550

Außerdem wird das Pflegegeld für pflegende Angehörige wie folgt angehoben:

Pflegestufe	Pflegegeld bisher in Euro	2008	2010	2012
Stufe I	205	215	225	235
Stufe II	410	420	430	440
Stufe III	665	675	685	700

Seit 1995 wurden die Leistungen der Pflegeversicherung nicht verändert und unterliegen dadurch einem schleichenden Werteverfall. Deshalb werden sie künftig in einem dreijährigen Rhythmus überprüft. Erstmals wird dies im Jahr 2015 erfolgen. Der Orientierungswert für die Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung wird die kumulierte Preisentwicklung in den letzten abgeschlossenen drei Kalenderjahren sein. Ergibt die Überprüfung eine Notwendigkeit der Anpassung, so erlässt die Bundesregierung eine Rechtsverordnung. Dabei soll der Anstieg nicht höher sein als die Brutto-lohnenentwicklung. Außerdem wird der Anspruch auf Tages- und Nachtpflege ausgebaut. Neben dem Anspruch auf Tages- und Nachtpflege wird auch ein 50-prozentiger Anspruch auf die jeweilige ambulante Pflegesachleistung oder das Pflegegeld für die weiterhin zu Hause notwendige Pflege bestehen. Ebenso wird umgekehrt neben dem vollen Anspruch auf Geld- und Sachleistung ein hälftiger Anspruch auf Tages- und Nachtpflege eingeführt. Auch die Leistungen für die Tages- und Nachtpflege werden schrittweise angehoben.

### Pflege vor Ort koordinieren

Der SPD-Bundestagsfraktion liegt es am Herzen, die kommunale Infrastruktur auf eine älter werdende Gesellschaft auszurichten. Deshalb werden künftig wohnortnahe Pflegestützpunkte sicherstellen, dass die Angebote für Pflegebedürftige direkt vor Ort besser aufeinander abgestimmt und miteinander vernetzt sind. Es ist uns während der Fraktionsklausur in Bonn gelungen, diese wichtige Infrastrukturverbesserung gegen den Willen der Union durchzusetzen. Diese wichtigen Anlaufstellen für Pflegebedürftige und deren Angehörige, in denen ein sog. Fallmanagement durch qualifizierte Pflegeberater sowie umfassende und unabhängige, vernetzte Beratung angeboten wird, müssen von den Pflege- und Krankenkassen auf Antrag der Bundesländer eingerichtet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte für den Aufbau der Stützpunkte ursprünglich 80 Millionen Euro vorgesehen. Die Union war dazu nicht bereit, aber den Ländern stehen nun immerhin 60 Millionen Euro zur Verfügung. Damit können mindestens 1.200 Beratungsbüros neu entstehen. Bei der Einrichtung der Pflegestützpunkte werden vorhandene Strukturen genutzt und bestehender Sachverstand wird gefragt sein. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich sicher, dass die Länder zahlreich die Einrich-

tung von Pflegestützpunkten beantragen werden, da das Konzept der Pflegestützpunkte konkurrenzlos gut ist und sich durchsetzen wird.

### **Eigener Leistungsanspruch für Demenzkranke**

Besonders erfreulich ist, dass die immer wieder geforderte neue Leistung für demenziell erkrankte Menschen nun Wirklichkeit werden kann. Einen zusätzlichen Leistungsbetrag werden erstmals Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz wie Demenz-, Alzheimerkranke oder geistig Behinderte erhalten. Weniger pflegebedürftige Menschen erhalten 100 Euro, pflegebedürftigere Menschen erhalten 200 Euro pro Monat. Dieser Betrag wird zusätzlich zu den Pflegeleistungen gezahlt und auch von Menschen, die keine Pflege sondern Betreuung benötigen, in Anspruch genommen werden können. Darüber hinaus wurde auch auf Vorschlag der SPD vereinbart, in Heimen zusätzliche Betreuungsassistenten zu finanzieren. Diese sollen altersverwirrten Menschen helfen, ihren Tagesablauf zu bewältigen.

### **Bessere Qualität und Transparenz in der Pflege**

Ein wichtiges Anliegen der SPD-Bundestagsfraktion ist die Verbesserung der Pflegequalität und die Erhöhung der Transparenz im Pflegebereich. Hierzu ist unter anderem die Entwicklung von Qualitätsstandards für die stationäre und ambulante Pflege vorgesehen. Weiterhin wird der Ausbau der Qualitätsprüfungen ab 2011 jährlich durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen stattfinden. Die Kontrollen sollen überwiegend ohne Ankündigung durchgeführt werden. Die Prüfergebnisse werden in verständlicher und leicht zugänglicher Form veröffentlicht, z. B. durch einen Aushang im Pflegeheim.

### **Pflegezeit für Angehörige**

Pflegende Angehörige können im Rahmen der sogenannten Pflegezeit in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bis zu sechs Monate unbezahlt von der Arbeit freigestellt werden. Sie werden in dieser Zeit über die Pflegekassen sozialversichert. Leider ist die Fraktion der CDU/CSU nicht bereit gewesen, den Vorschlag umzusetzen, für die kurzzeitige

Freistellung von Angehörigen pflegebedürftiger Menschen von bis zu 10 Tagen eine Lohnersatzleistung über die Pflegekassen vorzusehen. Dies ist nicht nachvollziehbar: Denn ähnliche Regelungen gibt es bereits. Eltern, deren Kinder erkrankt sind, können z. B. bis zu 20 Tage Kinderpflege-Krankengeld beziehen. Auch Kinder, deren Eltern pflegebedürftig werden, sollten sich nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion ohne wirtschaftliche Nachteile um ihre Eltern kümmern können.

### **Gute Pflege kostet gutes Geld**

Es liegt auf der Hand, dass Verbesserungen in der Pflege nicht umsonst zu haben sind. Der Beitragssatz der Pflegeversicherung wird zum ersten Mal seit 1995 um 0,25 Beitragssatzpunkte auf 1,95 Prozent für Versicherte mit Kindern und auf 2,2 Prozent für Kinderlose erhöht. Die Mehreinnahmen im Jahr 2008 werden rund 1,3 Milliarden Euro betragen, da der Beitragssatz zum 1. Juni angehoben wird. In den Folgejahren werden sich die Mehreinnahmen auf 2,5 Milliarden Euro belaufen. Aus heutiger Sicht reicht die Beitragssatzerhöhung aus, um die Leistungen der Pflegeversicherung bis 2014/2015 sicherzustellen. Einen Anstieg der Lohnnebenkosten wird es nicht geben, da die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gesenkt werden.

### **Union hat blockiert und fällt hinter Koalitionsvereinbarung zurück**

Die Pflegereform wird ein Erfolg werden. Dennoch bleiben für die SPD-Bundestagsfraktion für die Zeit nach 2009 zwei wichtige Punkte auf der Tagesordnung:

1. die bezahlte kurzzeitige Freistellung zur Organisation der Pflege und
2. die solidarische Finanzierung der Pflege.

Der Solidarausgleich darf nicht auf die gesetzliche Pflegeversicherung beschränkt bleiben. Deshalb hält die SPD-Bundestagsfraktion an der im Koalitionsvertrag verabredeten Ausgleichszahlung der privaten Pflegeversicherung an die gesetzliche Pflegeversicherung fest. Darüber hinaus bleibt für die SPD als langfristiges Ziel eine von allen finanzierte Bürgerversicherung Pflege bestehen.

## **Mehr BAföG – mehr Zukunft**

### **Deutliche Erhöhung der BAföG-Sätze zum Wintersemester**

Das BAföG wird deutlich erhöht und ausgeweitet. Mit dem Beschluss zur 22. BAföG-Novelle hat der Deutsche Bundestag bereits am 16. November 2007 den Weg für die Erhöhung frei gemacht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Erhöhung der BAföG-Fördersätze um 10 Prozent und der Einkommensfreibeträge um 8 Prozent in der Koalition durchgesetzt. Das war ein großer Erfolg für die SPD und die Einlösung eines Versprechens von Peter Struck und Kurt Beck an die jungen Menschen im Land: die SPD weiß, dass die Chance auf höhere Bildung

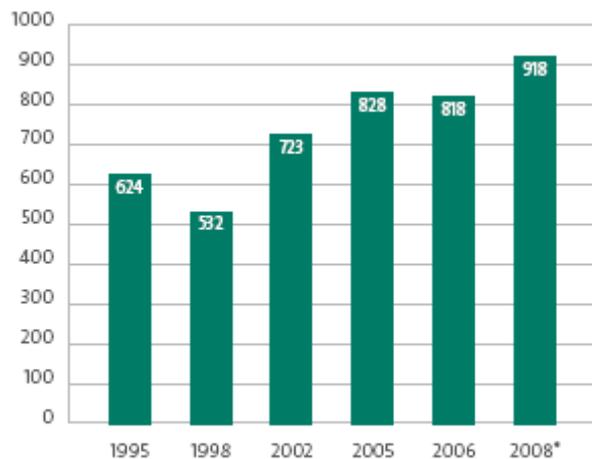
zugleich über die Chancen einer selbstbestimmten und erfolgreichen Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe entscheidet. Chancengleichheit für alle beim Zugang zu höherer Bildung ist und bleibt Ziel und Maßstab unseres bildungspolitischen Handelns. Dies ist eine grundlegende Frage der Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Die SPD hat die BAföG-Erhöhung im Bundestagswahlkampf 2005 versprochen Wort gehalten. BAföG soll den Lebensunterhalt für bedürftige Auszubildende hinrei-

chend sichern. Dazu reichen die letztmalig im Jahr 2002 erhöhten BAföG-Sätze nicht mehr aus. Gegen die Auszehrung des BAföG: Inflation und die Einkommensentwicklung haben seit 2002 dazu geführt, dass immer mehr tatsächlich Förderbedürftige aus dem BAföG-Anspruch herausfallen. Die seit 2004 sinkende Geförder-tenquote von derzeit knapp 25 Prozent und die 2006 mit 818.000 erstmals wieder fallende Zahl der BAföG-Empfänger sind Warnzeichen für eine schleichende Auszehrung des BAföG.

Dementsprechend hat der 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung im Januar 2007 einen erheblichen Handlungsbedarf festgestellt. Es wurde ein Anpassungsbedarf sowohl bei den Bedarfssätzen von 10,3 Prozent als auch bei den Einkommensfreibeträgen um 8,7 Prozent berechnet. Auch die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) zur Lage der Studierenden vom Juni 2007 belegt, dass BAföG-Empfänger zunehmend ihren Lebensunterhalt ergänzend durch Jobs bestreiten müssen, mit entsprechenden Auswirkungen auf Studienleistungen und -dauer.

### BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger In Tausend



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007  
\* 2008 geschätzt (etwa 100.000 neue Empfängerinnen und Empfänger laut BMBF)

### Sicherung der Chancengleichheit

Weiterhin ist die soziale Selektivität unseres Bildungssystems ungebrochen. Nach der 18. Sozialerhebung des DSW sind die Chancen auf ein Hochschulstudium für Kinder aus Beamten- oder Selbständigenfamilien weiterhin drei- bis viermal höher als für Kinder aus Arbeiterfamilien. Von 100 Kindern erreichen immerhin 83 Kinder aus Akademikerfamilien ein Hochschulstudium, aber nur 23 aus Nicht-Akademikerfamilien. Auch die OECD beklagt in ihren jährlichen Studien „Bildung auf einen Blick“, dass in keinem anderen Industrieland die Bildungschancen so eng mit der sozialen Herkunft verknüpft sind, wie in Deutschland.

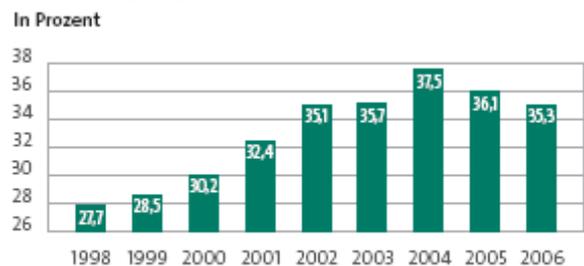
Die Einführung von Studiengebühren in einigen unionsregierten Ländern hat diese soziale Schieflage noch verschärft. Studiengebühren bleiben bildungspolitisch ein Irrweg und schrecken insbesondere Auszubildende aus sozial schwachen Familien von einem Studium ab. Die SPD lehnt Studiengebühren für das Erststudium ab.

### Transparenz in der Bildungsfinanzierung

Die erhöhte Unsicherheit in der Studienfinanzierung durch Studiengebühren sowie der in ihren Folgen zunächst unübersichtlichen neuen Kreditangebote (u.a. KfW-Bank) wirken sich auf viele junge Menschen abschreckend aus.

Entsprechend ist die Studienanfängerquote seit 2005 rückläufig. Sie ist 2006 mit 35,3 Prozent wieder auf das Niveau von 2003 zurückgefallen. Die rot-grüne Koalition konnte diese Quote von 27,7 in 1998 bis auf 37,5 Prozent in 2004 noch steigern. Der neuerliche Rückgang gefährdet damit unser Ziel, diese Quote auf 40 Prozent zu steigern.

### Studienanfängerquote in Deutschland (Anteil der Studienanfänger am jeweiligen Altersjahrgang)



Quelle: Statistisches Bundesamt 2007

### Förderung des Fachkräftenachwuchses

Deutschland steuert auf einen besorgniserregenden Fachkräftemangel zu. Die seit 2005 erstmals wieder rückläufige Studienanfängerquote und die 2006 erstmals gesunkene Förderung im so genannten Meister-BAföG (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz) sind alarmierende Signale. Zudem sinken auch die absoluten Studienanfängerzahlen, allein von 2003 bis 2006 von 377.500 auf 345.000 (- 8,6 Prozent). Um unseren Fachkräftenachwuchs zu sichern, müssen wir unsere Bildungspotenziale im Land aber deutlich besser nutzen, die Weiterbildung ausbauen, die Frauenförderung verbessern und vor allem die soziale Selektivität unseres Bildungssystems überwinden.

Allein ein leistungsfähiges, attraktives und bedarfsgerichtetes BAföG kann einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit, mehr Transparenz und mehr Fachkräftenachwuchs leisten.

### Die Änderungen im Einzelnen

Kernbestand der 22. BAföG-Novelle sind deutliche Leistungsverbesserungen und eine erhebliche Ausweitung des BAföG-Anspruchs.

Zum Wintersemester 2008/2009 tritt in Kraft:

10 Prozent mehr BAföG:

Die Bedarfssätze werden um 10 Prozent erhöht, so dass

- der Grundbedarf für Studierende von 333 auf 366 Euro (Universität, FH) bzw. 310 auf 341 Euro (u. a. Abendgymnasien und Kollegs) und
- die Regelförderbeträge für Schülerinnen und Schüler von 192 auf 212 Euro (u. a. Berufsfachschulen) bzw. von 348 auf 383 Euro (u. a. Fachoberschulen) steigen;

- die Beträge für den Wohnbedarf, die Mietzuschläge und die Zuschläge für die Kranken- und Pflegeversicherung entsprechend steigen und somit der
- Förderhöchstbetrag für Studierende von 585 auf 643 Euro, für Schülerinnen und Schüler von 536 auf 590 Euro erhöht wird.

8 Prozent höhere Einkommensfreibeträge:

- Damit steigt der so genannte „große“ Elternfreibetrag von 1440 auf 1555 Euro, der Freibetrag für den Ehepartner von 480 auf 520 Euro.
- der Freibetrag für weitere unterhaltspflichtige Kinder von 435 auf 470 Euro.
- im Ergebnis die Einkommensgrenze, bis zu der ein BAföG-Anspruch besteht. Etwa 100.000 Studierende und Schüler werden zum Wintersemester 2008/2009 zusätzlich erstmals BAföG erhalten.
- 400 Euro hinzu verdienen: die Obergrenze, bis zu der ohne Anrechnung auf das BAföG hinzuverdient werden darf, wird auf 400 Euro monatlich angehoben (Minijob). Das ist eine überfällige Anpassung an die Lebenswirklichkeit und holt viele Studierende aus einer belastenden rechtlichen Grauzone.

Pauschale Auslandsreisekosten als Normalförderung:

- Die Auslandszuschläge und Auslandsreisekosten werden künftig pauschal (weniger Bürokratie) gefördert und in die Normalförderung überführt (hälftig Zuschuss, hälftig Darlehen). Es bleibt bei einem zusätzlichen Zuschuss zu Auslandsstudiengebühren von höchstens 4.600 Euro und für längstens ein Jahr. Die Förderung von Auslandspraktika wird erleichtert und ausgeweitet.

Mit Verkündung des Gesetzes in Kraft getreten: Mehr BAföG für Familien:

Der neue Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro für das erste und je 85 Euro für jedes weitere Kind wird einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung leisten. Der Zuschlag wird bedarfserhöhend eingerechnet und als Vollzuschuss geleistet, d.h. er kommt in der Regel voll bei den Studierenden an, ohne dass sich die Darlehensschuld erhöht.

Dafür entfällt mit einer Übergangszeit von zwei Jahren die Möglichkeit des Kinderteilerlasses bei der Darlehensrückzahlung.

Erweiterte Förderung von Migranten:

Zur besseren Integration von Auszubildenden mit Migrationshintergrund, die lange in Deutschland leben und eine dauerhafte Bleibeperspektive haben, wird auf die bisher vorausgesetzte Mindestberufszeit von drei Jahren der Eltern verzichtet. Die Steigerung der Bildungschancen junger Migranten ist ein wesentlicher Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und ein wichtiges Instrument im Rahmen des nationalen Integrationsplans der Bundesregierung.

Komplette Förderung für ein Auslandsstudium: BAföG-Empfänger können ihre Förderung bereits ab dem ersten Semester auch für ein Studium im EU-Ausland oder in der Schweiz verwenden. Die bisher geforderte „Orientie-

rungsphase“ von einem Jahr in einem inländischen Studiengang entfällt.

Die SPD- Bundestagsfraktion hat sichergestellt, dass

- es beim hälftigen Zuschuss in der Normalförderung bleibt. Das BAföG wird nicht auf ein Voll Darlehen umgestellt, wie es von Union und FDP favorisiert wird.
- es bei der Darlehensobergrenze von 10.000 Euro bleibt. Damit ist weiterhin die volle finanzielle Planungssicherheit für alle BAföG-Geförderten gewährleistet.
- die elternunabhängige Förderung des zweiten Bildungsweges nicht eingeschränkt wird. Die von der Bundesbildungsministerin zur Gegenfinanzierung vorgeschlagenen Mindestberufszeiten von vier bzw. fünf Jahren etwa für Auszubildende an Abendgymnasien oder Kollegs werden nicht eingeführt. Es bleibt bei der geltenden Rechtslage.

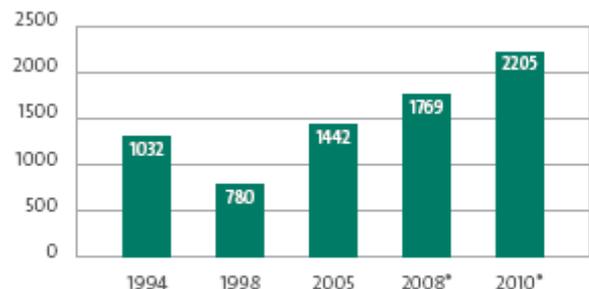
### Die SPD ist die BAföG-Partei

Unter Regierungsverantwortung der SPD

- konnte 1998 bis 2005 die Zahl der BAföG-Empfängerinnen und Empfänger um +56 Prozent erhöht werden. Inklusiv der aktuellen 22. BAföG-Novelle wird die Steigerung bis 2010 sogar bei etwa +73 Prozent liegen (zum Vergleich: unter Minister Jürgen Rüttgers hat die Union allein von 1994-1998 hier ein Minus von 23 Prozent zu verantworten).
- konnten 1998 bis 2005 die Mittel des Bundes um +85 Prozent gesteigert werden, inklusive der 22. BAföG-Novelle wird der Zuwachs bis 2010 sogar bei +183 Prozent liegen (auch hier hat die Union von 1994-1998 ein Minus von -24 Prozent aufzuweisen).

### BAföG -Mittel des Bundes

In Millionen Euro, ab 2000 inkl. Darlehensanteil



Quelle: 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung und BMBWF  
\* 2008/2010 Soll sowie Schätzungen Darlehensanteil

Der Bund wird für die 22. BAföG-Novelle pro Jahr bei voller Wirksamkeit über 300 Mio. Euro zusätzlich aufwenden. Unter SPD-Regierungsverantwortung werden die Bundesmittel damit von 780 Millionen (1998) auf dann 2,2 Milliarden Euro in 2010 steigen.

Man sollte sich also keiner Illusion hingeben: ohne die SPD im Deutschen Bundestag hätte eine schwarz-gelbe Regierung das BAföG abgeschafft und durch ein Stipendien- und Kreditsystem ersetzt, wie es Bundesministerin Annette Schavan noch im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005 angekündigt hatte. Es kam anders. Es war die SPD, die das BAföG im Koalitionsvertrag gesichert und damit die Umstellung auf ein Voll Darlehen bereits früh-

zeitig verhindert sowie die Weichen in Richtung der jetzigen BAföG-Erhöhung gestellt hat.

Der für 2010 vorgesehene nächste BAföG-Bericht der Bundesregierung wird die positiven Wirkungen dieser sozialdemokratisch geprägten BAföG-Novelle klar doku-

mentieren wird. Die 22. BAföG-Novelle belegt einmal mehr: Die SPD steht für ein leistungsstarkes und sozial ausgewogenes BAföG – und nur daran wollen und wird sich die SPD messen lassen.

## SPD setzt weiteren Schritt für Mindestlöhne durch

### **Bundeskabinett beschließt Mindestlohngesetze – eine weitere wichtige Zielmarke auf dem Weg zum flächendeckenden Mindestlohn ist erreicht**

Es ist gesellschaftlich nicht auf Dauer hinnehmbar, dass mehr als eine Millionen Menschen Zuschüsse von der Bundesagentur für Arbeit brauchen, um über die Runden zu kommen, obwohl sie arbeiten. Zwar sind bei der Festsetzung von Löhnen immer zuerst die Tarifpartner gefragt. Doch die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ist in vielen Branchen immer schwächer geworden. Einzelne Arbeitgeber nutzen das aus und beschäftigen ihre Mitarbeiter zu menschenunwürdigen Konditionen. Doch nicht nur für die Mitarbeiter ohne Tarifbindung muss etwas getan werden. Auch in tarifgebundenen Beschäftigungsverhältnissen gibt es Armutslöhne. So beträgt der tarifliche Stundenlohn für Friseurinnen und Friseure in Sachsen 3,06 Euro. Dies führt bei voller Arbeitszeit zu einem Monatsgehalt von 492 Euro. Davon kann niemand leben. Das Bewachungsgewerbe in Ostdeutschland zahlt durchschnittlich 4,61 Euro pro Stunde.

Deshalb will die SPD Mindestlöhne durchsetzen. Dabei ist sie nun einen wichtigen Sachritt weitergekommen. Am 16. Juli hat das Bundeskabinett die Gesetzentwürfe von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz für die Reform des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingengesetzes beschlossen. Damit will die SPD die Voraussetzungen für faire und menschenwürdige Löhne in allen Bereichen der Wirtschaft schaffen.

Einen Anfang zur Setzung von Mindeststandards hatte die Große Koalition bereits im März 2007 mit dem Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerentsendegesetzes gemacht. Die Hartnäckigkeit von Bundesminister Olaf Scholz in den vergangenen Monaten hat sich gelohnt. Mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz ist nunmehr die gesetzliche Grundlage für die Branchen geschaffen, die ihren Tarifvertrag allgemeinverbindlich erklären wollen.

Bisher gilt ein Mindestlohn nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz für das Baugewerbe, für die Gebäudereiniger und die Briefdienstleistungen. Geschützt vor Dumpinglöhnen und Lohnkonkurrenz werden dadurch derzeit etwa 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Arbeitgeber. Bis zum 31. März 2008 haben sich acht Branchen gemeldet, um in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Hierunter fallen unter anderen die Zeitarbeit, das Wachgewerbe oder die Pflegedienste. In den acht Bran-

chen arbeiten rund 1,57 Millionen Beschäftigte. Weitere Branchen werden folgen.

Die SPD setzt sich grundsätzlich gemeinsam mit den Gewerkschaften für die Einführung von Mindestlöhnen über zwei Wege ein. Wir wollen tarifvertraglichen Lösungen den Vorrang geben und über die Einbeziehung möglichst aller Branchen in den Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes tarifliche Mindestlöhne ermöglichen. Wo dies nicht möglich ist oder ein Mindestniveau unterschritten wird, wollen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn als untere Haltelinie.

CDU und CSU lehnen einen gesetzlichen Mindestlohn strikt ab. Im Koalitionsausschuss ist am 18. Juni 2007 aber vereinbart worden, Lohndumping-Wettbewerb zu verhindern und weitere Branchen ins Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen: Branchen mit einer Tarifbindung von mindestens 50 % erhalten das Angebot, in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen zu werden und tarifliche Mindestlöhne zu vereinbaren. Außerdem hatte sich die Koalition darauf verständigt, dass in Branchen mit einer Tarifbindung unter 50 % künftig das modernisierte Mindestarbeitsbedingungen-gesetz zur Anwendung kommt.

Mit dem modernisierten Gesetz wird die Voraussetzung für Mindestlöhne in Wirtschaftszweigen mit fehlender Tarifstruktur geschaffen. Allerdings wird es auch mit diesem Gesetz keine direkte staatliche Festsetzung von Mindestlöhnen geben. Stattdessen werden Ausschüsse mit unabhängigen Experten bzw. Branchenvertretern einberufen, die die Notwendigkeit von Mindestarbeitsbedingungen in dem jeweils betreffenden Wirtschaftszweig prüfen und Vorschläge entwickeln.

Die Mindestlohngesetze gehen nun zunächst in das parlamentarische Verfahren. Im Laufe des Verfahrens wird auch über die bereits vorliegenden Anträge aus acht Branchen entschieden, in das Entsendegesetz aufgenommen zu werden. Die SPD wird weiter alles dafür tun, damit der Wettbewerb über Lohndumping ein Ende findet. Der Wettbewerb soll über bessere Produkte und Innovationen ausgetragen werden und nicht über sinkende Löhne. Die beiden Gesetze sind ein wichtiger weiterer Schritt für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten.

## **Gute Lebenschancen für alle Kinder!**

### **Die SPD will bei der Familien- und Bildungspolitik eine vernetzte Politik von Bund, Ländern und Gemeinden erreichen**

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die Familien- und die Bildungspolitik Topthemen. Deutschland soll eines der kinder- und familienfreundlichsten Länder Europas werden. Dazu brauchen wir für all unsere Kinder beste Bildungschancen. Wir wollen wieder Mut machen, Kinder zu bekommen, und wir wollen, dass Kinder auch in materieller Sicherheit leben können. Wir sorgen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und dass Väter sich genauso an der Familienarbeit beteiligen wie Mütter. Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet daran, dass die Arbeitswelt familienbewusster wird.

Unser Ziel sind gleiche und gute Lebenschancen, Aufstieg und Gerechtigkeit für alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Das Zauberwort dafür ist Befähigung. Und genau dies ist der Ansatz des 10-Punkte-Plans der SPD für gleiche Lebenschancen aller Kinder. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, um Eltern und Kinder zu befähigen, selbst für sich zu sorgen.

Der vom SPD-Präsidium am 9. Juni beschlossene 10-Punkte-Plan ist wegweisend, weil er ein schlüssiges Gesamtkonzept von Geld- und Infrastrukturleistungen darstellt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekräftigen damit, wie wichtig Geldleistungen sind. Familien in Not brauchen eine existenzsichernde finanzielle Unterstützung. Wir zeigen aber auch, dass das allein nicht ausreicht. Kinder und Eltern brauchen vor allem Bildung und gute Arbeit, damit sie sich aus Armut befreien und ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen können.

#### **Gute Arbeit ist die beste Armutsprävention**

Denn gute Arbeit verhindert Armut. Wenn die Eltern arbeiten, sinkt das Armutsrisiko einer Familie drastisch. Fair entlohnte und existenzsichernde Arbeit für Frauen und Männer zu schaffen, ist deshalb die beste Armutsprävention. Mit unserem Eintreten für gesetzliche Mindestlöhne, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und gleiche Bezahlung für Frauen und Männer liegen wir genau richtig.

Zugang zu fair entlohnter Arbeit zu haben, macht gerade für die Gruppe der Alleinerziehenden den unterscheidenden Unterschied. Sie haben ein besonders hohes Armutsrisiko, weil ihnen aufgrund fehlender Kinderbetreuung häufig die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit schlicht unmöglich gemacht wird. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung haben wir die entscheidende Voraussetzung geschaffen, um ihre Beschäftigungschancen zu verbessern.

#### **Aufstieg durch Bildung**

Das zweite wirksame Mittel gegen Armut ist Bildung: Bildung der Kinder genauso wie Bildung der Eltern. Frühe und individuelle Förderung von Anfang an – das ist das beste Mittel, um die Chancen von Kindern zu verbessern

und um vor allem benachteiligten Kindern bessere Startchancen zu verschaffen. Die ersten Schritte sind getan. Mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und Ganztagschulen haben wir in Deutschland für einen Paradigmenwechsel gesorgt. Diesen Weg müssen wir im Interesse der Kinder konsequent fortsetzen. Es kommt auf den weiteren Ausbau, Vernetzung der Angebote und Verbesserung der Qualität an. Der Aktionsplan zeigt, wie es gehen kann.

In den Ländern wollen wir mit einem ganzen Maßnahmenbündel für einen Qualitätsschub in Kitas und in der Kindertagespflege sorgen. Im Mittelpunkt steht die Verbesserung des Betreuungsschlüssels. Maximal vier Kinder pro Erziehungsperson bei den Kindern bis zwei Jahren, maximal acht Kindern pro Erziehungsperson bei den Kindergartenkindern – so lautet unser ehrgeiziges Ziel. Das wird für eine kleine Revolution in den Einrichtungen sorgen, denn solch ein guter Betreuungsschlüssel wird endlich ermöglichen, jedes einzelne Kind nach seinen Fähigkeiten und Talenten zu fördern.

#### **Eltern stark machen**

Ebenso wichtig ist die Bildung der Eltern. Denn Eltern zu befähigen, ihren Kindern gute Eltern zu sein, ist ebenfalls ein wirkungsvoller Schutz gegen schlechte Chancen und geringe Teilhabe. Und je früher diese Hilfe für Eltern einsetzt, desto wirkungsvoller. Mit dem Ausbau früher, vernetzter Hilfen vor Ort wollen wir belastete Eltern so früh wie möglich erreichen, begleiten und unterstützen – im Idealfall schon während der Schwangerschaft. So können wir verhindern, dass aus den Anforderungen, ein Kind zu erziehen, Überforderung wird.

Außerdem wollen wir alle Kitas zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Denn dort werden nicht nur die Kinder gefördert. Auch die Eltern erhalten Anleitung, wie sie ihre Kinder gut erziehen und ihre eigenen Probleme in den Griff bekommen. Aus einer Palette von niedrigschwelligen Angeboten, die von Schuldner- und Erziehungsberatung, Koch- und Haushaltsführungskursen, Suchtberatung und noch vielem mehr reicht, kann für alle Eltern eine passende Hilfe maßgeschneidert werden.

#### **Bund, Länder und Gemeinden übernehmen gemeinsam Verantwortung**

Mit dem 10-Punkte-Plan für gleiche Lebenschancen schaffen wir aber noch mehr. Denn wir sind die erste Partei, die ein föderales Gesamtkonzept vorlegt. Damit zeigen wir: Wir werden unsere Verantwortung überall dort, wo wir regieren und mitbestimmen, wahrnehmen: im Bund, in den Ländern und in den Städten und Gemeinden. Damit unsere Kinder bessere Lebenschancen bekommen, machen wir Schluss mit der Verschieberei von Verantwortung. Stattdessen legen wir zehn Maßnahmen vor, die zwischen den föderalen Ebenen aufein-

ander abgestimmt sind und wie Zahnräder ineinander greifen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen mit unserem 10-Punkte-Plan mit gutem Beispiel voran. Und laden alle Verantwortlichen dazu ein, mit uns gemeinsam dem Problem der Kinderarmut entgegenzuwirken. Dazu schlagen wir eine Nationale Kinderkonferenz vor, auf der sich alle politisch Verantwortlichen ihrer Verantwortung stellen und wir gemeinsam eine nationale Gesamtstrategie für bessere Lebenschancen verbindlich vereinbaren.

### **Familienleistungsausgleich gerecht weiter entwickeln**

Mit unserem Ansatz, der alle föderalen Ebenen und verschiedene Politikfelder umfasst, gehen wir weit über die Union hinaus: CDU und CSU beschränken sich darauf, höhere Geldleistungen zu fordern: höheres Kindergeld und höhere Freibeträge. Das ist keine angemessene Antwort auf die aktuellen Herausforderungen. Denn gerade die höheren Freibeträge kommen nur den 10% wohlhabendsten Familien in Deutschland zu gute. Und auch die Idee von Bundesfamilienministerin von der

Leyen, das Kindergeld für Familien mit mindestens drei Kindern deutlich zu erhöhen, lässt die Mehrheit der Familien unberücksichtigt. Denn 90% der Familien haben höchstens zwei Kinder und gingen also leer aus. Noch weniger profitieren würden die Alleinerziehenden, von denen nur 6% drei und mehr Kinder haben.

Unsere Antwort sieht anders aus: Wir machen eine Politik für die Mitte der Gesellschaft, die gerecht ist und mit den knappen finanziellen Mitteln sorgsam umgeht. Deshalb wollen wir den Familienleistungsausgleich weiter entwickeln, und zwar so, dass alle Familien unabhängig von ihrem Einkommen gleichermaßen durch Kindergeld und Freibeträge unterstützt werden. Bei der Vorlage des Existenzminimumberichts im Herbst werden wir konkret entscheiden, wie wir weiter für eine gute und gerechte finanzielle Unterstützung der Familien sorgen können.

**Die Bundestagsabgeordnete Christel Humme ist eine der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion (siehe Portrait auf der nächsten Seite)**

## **Beschluss des SPD-Parteivorstandes zur Bildungspolitik**

### **Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand**

Beste Bildung für Alle ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Bildungsstand entscheidet über individuelle Lebensperspektiven, berufliche Möglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen. Bildung ist für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen unersetzlich. Die SPD steht deshalb für ein leistungsstarkes, sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem.

Der SPD-Parteivorstand hat am 1. September ein Papier verabschiedet, das die wichtigsten bildungspolitischen Forderungen aus sozialdemokratischer Sicht zusammenfasst. Der Beschluss enthält folgende Gliederungspunkte:

- Frühkindliche Bildung
- Rechtsanspruch und Beitragsfreiheit ab 2013
- Erzieherinnen und Erzieher besser aus- und weiterbilden
- Sprachkompetenz früh fördern
- Individuelle Förderung in kleineren Gruppen
- Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen
- Schule
- Länger gemeinsam lernen
- Individuelle Förderung erfordert mehr Investitionen in die Schule
- Flächendeckend Ganztagschulen einführen
- Gemeinsame Bildungsstandards
- Ausbildung
- Duale Ausbildung stärken
- Übergangssystem straffen
- Ausbildungspakt weiterentwickeln
- Weiterbildung
- Bundeseinheitliche Regelungen für die Weiterbildung schaffen
- Rechtsanspruch auf Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses einführen
- Arbeitsversicherung statt Arbeitslosenversicherung
- Hochschule
- Das Studium gebührenfrei gestalten
- Das BAföG stärken
- Die Hochschule für Fachkräfte ohne Abitur öffnen
- Die Studienstrukturreform zur Qualitätsentwicklung der Lehre nutzen
- Einen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung herbeiführen
- Exzellenzinitiative weiterführen

→ **Der komplette Beschluss mit konkreten Forderungen zu den aufgeführten Punkten ist im Internet abrufbar unter [www.spd.de](http://www.spd.de)**

## Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten

Schon seit vielen Jahren erscheint unsere Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten exklusiv in der **Berlin Depesche**. Auf der Startseite der Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de) sind die 38 wichtigsten Portraits in einer **Sonderausgabe** abrufbar (siehe **Titelblatt auf der nächsten Seite**).

### Vorgestellt: Christel Humme

### Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

#### Biografie

Geboren am 25. November 1949 in Herten (Kreis Recklinghausen), zwei Kinder.



#### Beruflicher Werdegang

1969 Abitur in Marl. 1970 bis 1974 Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum, Abschluss Diplomökonomin; 1977 bis 1979 Zusatzstudium Englisch an der Ruhr-Universität Bochum.

1974 bis 1976 Referendarin an den Berufsbildenden Schulen in Witten, 1976 bis 1987 Lehrerin an den Kaufmännischen Berufsschulen Wanne-Eickel, 1987 bis 1998 Lehrerin an der Holzkamp-Gesamtschule in Witten.

#### Politischer Werdegang

**seit 1969** Mitglied der SPD

**seit 1971** verschiedene Funktionen im SPD-Stadtverband Witten (Schwerpunkt Jugendpolitik)

**seit Anfang 1998** Mitglied im Unterbezirksvorstand Ennepe-Ruhr.

**1994 bis 1998** Mitglied im Stadtrat Witten

**seit 1998** Mitglied des Bundestages

**März 2001 bis Januar 2008** Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes sowie 2001 bis 2007 Vorsitzende der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Fraktion

**seit November 2007** stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion zuständig für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen, Jugend sowie Bildung und Forschung

#### 10 persönliche Fragen an Christel Humme

**1. Welche politischen Vorbilder haben Sie?**

Willy Brandt und Marie Juchacz

**2. Wen würden Sie gerne einmal treffen?**

Hillary Clinton

**3. Ihre liebsten Urlaubsziele?**

Toskana, Bretagne

**4. Ihre Leidenschaften?**

Musik, Lesen, mein Garten und meine Familie

**5. Ihr politisches Leitmotiv?**

Chancengleichheit für alle in einer solidarischen Gesellschaft

**6. Ihr Lieblingsfilm?**

„Grüne Tomaten“ und „Das Parfum“

**7. Ihre Lieblingsmusik bzw. Lieblingssänger?**

Simply Red, James Blunt

**8. Wen oder was nehmen Sie mit auf eine einsame Insel?**

Wenn sie groß genug ist, meine gesamte Familie

**9. Ihre Lieblingsbücher?**

Derzeit: „Nein! Ich will keinen Seniorenteller.“ von Virginia Ironside

**10. Über wen lachen Sie am liebsten?**

Im Zweifel über mich selbst



Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

# SOZIALDEMOKRATISCHE KÖPFE

Portraitsammlung über SPD-Persönlichkeiten



- |                      |                           |                              |
|----------------------|---------------------------|------------------------------|
| 3 Egon Bahr          | 16 Walter Kolbow          | 29 Gesine Schwan             |
| 4 Kurt Beck          | 17 Fritz-Rudolf Körper    | 30 Peer Steinbrück           |
| 5 Klaus Uwe Benneter | 18 Hannelore Kraft        | 31 Frank-Walter Steinmeier   |
| 6 Jens Bullerjahn    | 19 Nicolette Kressl       | 32 Rolf Stöckel              |
| 7 Edelgard Bulmahn   | 20 Michael Müller         | 33 Manfred Stolpe            |
| 8 Erhard Eppler      | 21 Franz Müntefering      | 34 Peter Struck              |
| 9 Elke Ferner        | 22 Andrea Nahles          | 35 Wolfgang Thierse          |
| 10 Sigmar Gabriel    | 23 Thomas Oppermann       | 36 Günter Verheugen          |
| 11 Hubertus Heil     | 24 Joachim Poß            | 37 Hans-Jochen Vogel         |
| 12 Klaas Hübner      | 25 Renate Schmidt         | 38 Ute Vogt                  |
| 13 Christel Humme    | 26 Ulla Schmidt           | 39 Heidemarie Wieczorek-Zeul |
| 14 Susanne Kastner   | 27 Martin Schulz          | 40 Hans-Jürgen Wischnewski   |
| 15 Uli Kelber        | 28 Angelica Schwall-Düren |                              |

Herausgeber: Martin Dörmann, MdB



### Sitzungswochen des Deutschen Bundestages 2008

Sitzungswochen sind die 3., 4., 7., 8., 10., 11., 15., 17., 19., 22., 23., 25., 26., 38., 39., 42., 46., 48., 49. und 51. Woche. In den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages finden die Plenarsitzungen sowie die Ausschuss- und Arbeitsgruppensitzungen statt. Die Bundestagsabgeordneten sind in diesen Wochen in der Regel von Montag bis Freitag in Berlin.

### Infos zu Martin Dörmann, MdB

#### Wahlkreis 94 (Köln I)

Martin Dörmann ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I, zu dem die Stadtbezirke **Porz** und **Kalk** sowie die **nördliche Innenstadt** gehören. Der Wahlkreis reicht somit vom „Colonus“ über den Dom und die Kölnarena bis zum Flughafen.

#### Ausschussmitgliedschaften im Deutschen Bundestag

Martin Dörmann ist ordentliches Mitglied im **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und **stellvertretender wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**. Zugleich ist er stellvertretendes Mitglied im **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** und Mitglied im **Unterausschuss „Neue Medien“**. Daneben ist er als einer der Vertreter des Bundestages Mitglied im **Beirat der Bundesnetzagentur** (Regulierungsbehörde).

#### SPD-Bundestagsfraktion

Martin Dörmann ist Mitglied im **Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion** und im **Vorstand der NRW-Landesgruppe**. Er ist Mitglied der **Arbeitsgruppe Wirtschaft und Technologie**, dort stellv. Sprecher und Berichterstatter der SPD für Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt sowie Freie Berufe. Zudem ist er Mitglied der **Arbeitsgruppe „Energie“** und der **Arbeitsgruppe „Neue Medien“**.

Nähere Informationen zu Martin Dörmann enthält seine **Homepage [www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)**

### Büroanschriften

#### Martin Dörmann, MdB

#### Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Hausadresse: Dorotheenstraße 101, Raum 4.650

Telefon 030 / 227 734 18; Fax 030 / 227 763 48

**eMail:** [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de)

Mitarbeiterteam:

Stefan Stader (Büroleiter), Dr. Marc Drögemöller, Sabine Schmidt

**Internet-Homepage:**

**[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de)**

#### Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro)

Hauptstraße 327

51143 Köln (Porz)

Telefon: 02203 / 52144

Fax: 02203 / 51044

Mitarbeiterteam:

Elke Heldt (Büroleiterin), Tim Cremer

**eMail:**

[martin.doermann@wk.bundestag.de](mailto:martin.doermann@wk.bundestag.de)

#### Bürgerbüro Kalk

Kalker Hauptstraße 212

51103 Köln (Kalk)

Telefon: 0221 / 8704302

Mitarbeiter: Marco Pagano,

Lisa Quensel

#### Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b

50672 Köln (Innenstadt)

Tel. 0221 / 169 195-77

Fax 0221 / 169 195-79

Mitarbeiterin: Renate Dinkelbach

**eMail:** [koelner-spd-](mailto:koelner-spd-mdb@netcolgne.de)

[mdb@netcolgne.de](mailto:mdb@netcolgne.de)



### IMPRESSUM • BERLIN DEPESCHE

**Herausgeber:** Martin Dörmann, MdB, Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 10111 Berlin

**Redaktion dieser Ausgabe:** Martin Dörmann (verantwortlich), Sabine Schmidt, Marc Drögemöller

**Bildnachweis:** Deutscher Bundestag (Seiten 16, 17), SPD-Parteivorstand (Seite 17).

Die Berlin Depesche erscheint etwa 6 mal im Jahr und wird als **Mitgliederausgabe** per eMail an Funktionsträger im Wahlkreis und interessierte SPD-Mitglieder versendet sowie als **Homepageausgabe** für Bürgerinnen und Bürger auf der Internet-Homepage von Martin Dörmann eingestellt. Wer in den **Email-Verteiler** aufgenommen werden möchte, sendet bitte eine Nachricht an: [martin.doermann@bundestag.de](mailto:martin.doermann@bundestag.de) (Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins).

**Frühere Ausgaben** sowie Themen-Sonderausgaben finden sich auf der Homepage:

[www.martin-doermann.de](http://www.martin-doermann.de).

